

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

ersch. wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Nicolaikirche 14 1/2
Fernsprecher: 37 Zannowitz 2120

Anzeigen die dreispalt. Petitzeile 1 Mt. Aufnahme nur bei vor-
heriger Gebühreneinsendung auf Postk. Nr. 11502. Post-
fachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsf. Freilage

An alle Berufsangehörige.

Die langandauernde Wirtschaftskrise, verursacht durch das Versagen des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems, ist für die Reaktionen aller Schattierungen das Mittel, die vorwärtsstrebende Arbeiterschaft wieder in ihre frühere Abhängigkeit zurückzuführen. Es mehren sich die Stimmen der Dunkelmänner gegen die freien Gewerkschaften mit dem Ziel, den Fortschritt wirtschaftlichen und sozialen Interessen zerschlagen zu wollen. Alles wird von dieser Seite ausgebaut, um gegen die organisierte Arbeiterschaft Sturm zu laufen.

In dieser Zeit der stärksten Reaktion ist es für jeden denkenden Arbeiter und jede Arbeiterin Ehrenpflicht, sich ihrer Klassenlage bewusst zu werden. Der einzelne ist schwach, geschlossen sind wir stark. Deshalb liegt die Einigkeit im Streben zum Zusammenschluß in den freien Gewerkschaften über alles. Vor kurzem erst hat Theodor Leipart, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in seinem Aufruf in unserer Zeitung an alle Gewerkschaftsmitglieder auf den uns bevorstehenden schweren Kampf hingewiesen. Er betonte, daß wiederum die gesamte Reaktion einer uneinigen Arbeiterschaft gegenübersteht. Seine Mahnung, aller Uneinigkeit, aller Zwietracht und dem Bruderkrieg ein Ende zu machen, gilt es endlich in die Tat umzusetzen.

Einigkeit tut bitter not. Durch Einigkeit geschlossen im Kampf!

In kommenden Kämpfen gilt es, die Auswirkungen der letzten Notverordnung, die untragbaren Lohnkürzungen, die ohnedies das harte Einkommen der Arbeitenden noch weiter schmälern, zu verhindern. Nicht genug, daß die sozialen Verhältnisse der Arbeiter infolge des beispiellosen Niederbruchs der Wirtschaft immer mehr verschlechtert wurden, müssen wir der drohenden Gefahr der Reaktion begegnen, welche sich ansetzt, die Grundrechte der Arbeiter anzugreifen. Angesichts dieses Kampfes darf keiner abseits stehen!

Die Arbeitslosigkeit in unseren Reihen ist erschreckend groß. Auf viele unserer Berufskollegen und -kolleginnen hat sie durch lange Dauer deprimierend gewirkt. Sorgen, Krankheit und oft bittere Not sind bei ihnen feste Gäste geworden. Durch die Trostlosigkeit ihrer Lage haben viele den Mut völlig verloren und unserer Organisation den Rücken gekehrt. Im Lager der Indifferenten stehen sie verzweifelt allein. Sie wieder für unsere gemeinsame Sache zu interessieren, muß unser Bestreben sein.

Nur in gemeinsamer Kampffront können wir dem Kommenden trotzen!

Die privatkapitalistische Wirtschaft, gestützt von der Regierung durch den Millionenregen der Steuererlöse, sucht ihre letzte Kraftreserve mobil zu machen. Ob es gelingt, die Ankerbelugung der Wirtschaft durchzuführen, wird schon die allernächste Zeit uns lehren. Wie es auch sei, wir wollen und müssen gerüstet sein!

Unsere Organisation hat im Verlauf der Jahre innerhalb unserer engeren Berufsgrenzen stets eure Interessen verfolgt. Trotz harter Not der Zeit wurden durch gewerkschaftliche Solidarität Tausende in unseren Reihen im Kampf um Erringung besserer Lebensbedingungen unterstützt: in allen Notlagen des Alltags ist es der Verband, der euch zur Seite steht. Aber dies ist nur möglich durch den gemeinsamen Zusammenschluß. Und viel mehr könnte der Verband tun, würden alle Berufsangehörigen seinem Ruf folgen.

In der Organisation, Kollege und Kollegin, liegt unsere Stärke!

Es ist auch an der Zeit, daß alle Abseitsstehenden in sich gehen und prüfen, ob die Organisation nicht hinreichend ihre Interessen vertreten und gewahrt hat. In den Fällen, wo gefehlt wurde, war es immer die Schwäche, die daraus geboren wird, daß trotz Zureden und Mahnung vielen immer noch nicht der wahre Sinn des freigewerkschaftlichen Zusammenschlusses bewußt wurde.

Unsere Organisation hat auf dem letzten Verbandstag das Eintrittsgeld sowie die wöchentliche Beitragszahlung dem verringerten Stundenlohn angepaßt.

Arbeitslose Berufsangehörige können unentgeltlich aufgenommen werden. Desgleichen zahlen Lehrlinge kein Eintrittsgeld. Die Beitragsleistung ist für Arbeitslose und Lehrlinge äußerst gering.

Es ist also Vorsorge getroffen, durch Eintritts- und Beitragsermäßigung, daß jedem unserer Berufskollegen und -kolleginnen, die zu uns kommen wollen, dies äußerst leicht gemacht wird.

Die Zeit ist ernst und die Aufgaben, die Gegenwart und Zukunft an uns stellen, sind schwer. Nur im engsten Zusammenschluß werden wir ihnen gewachsen sein. Darum muß jeder Fernstehende gewonnen werden. Ihr abseitsstehenden Kollegen und Kolleginnen hört diesen Mahnruf. Jeder einzelne, der zu uns kommt, bedeutet einen Zuwachs unseres gewerkschaftlichen Einflusses. Stärkt darum durch euren Eintritt unsere Reihen, vermehrt das Kraftzentrum, aus dem wir schöpfen. Nur eine starke Organisation ist imstande der Reaktion zu trotzen.

Mit uns der Kampf, mit uns die Zukunft!

Mit kollegialem Gruß

F. G. Schmidt

Gewerkschaft und Politik.

Es gibt Leute, die eine gewisse Abneigung gegen die Betätigung im politischen Kampf haben. Sie können sich nicht zurechtfinden in dem Wirrwarr der Meinungen, in dem Streit um politische Grundzüge und Probleme und halten es mit denen, die da meinen: solange wie wir leben, steht die Welt. Das heißt, man ist wohl mit vielem unzufrieden, was diese unvollkommene Welt bietet, aber man gibt sich einem Fatalismus hin, der im Nichtstun endet. Auch gibt es so grundgescheite Leute, die keine Partei finden, die das Volkswort ihrer Erkenntnis begriffen hätte. Und so fehlt uns in der Arbeiterschaft jener geschlossene, einheitliche Wille, der Großes zu leisten vermag. Diese Schwäche der Arbeiterbewegung wird vielfach ganz folgerichtig von unseren Gegnern ausgenützt, die Uneinigkeit stärkt die Position unserer Feinde.

Wenn es uns gelänge, dieses alte Liebel auszumergen und die Erwerbstätigen aus allen Berufen eine geschlossene Kampffront zu bilden, dann wäre uns geholfen. Diese Einheit ist eine Grundlage, auf der die Gewerkschaften aufbauen. Sie wollen die Lebenshaltung des Arbeiters heben, sie wehren sich gegen den Niedergang, sie fassen die Kräfte zusammen, um an Stelle der Willkür in der Lohnfestlegung das Mitbestimmungsrecht zu setzen. Aber das nicht allein. Das Wirtschaftsgetriebe wirft den Arbeiter aus seiner Erwerbsstellung; was ihm als feste Grundlage erschien, bricht zusammen. Hier helfend einzugreifen, ist eine Aufgabe von hoher Bedeutung, sie erzischt zur gegenseitigen Hilfsbereitschaft, die stark in den Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften zur Geltung kommt. Aber wir blieben nicht stehen bei der Lösung der Aufgaben, die aus eigener Kraft die Organisation schuf, sondern wir forderten vom Staat, daß er den Arbeiter als den wirtschaftlich Schwächeren schützt gegen die Ausbeutung kapitalistischer Streber, daß er den Arbeiterschutz und das Arbeiterrecht so gestaltet, daß der Arbeiter als gleichberechtigter Staatsbürger im Wirtschaftsgetriebe anerkannt wird.

In dieser Verbindung zeigt sich nun, daß wir von den gewerkschaftlichen Aufgaben in die Politik geraten, denn sobald ich bestrebt bin, vom Staat die Erfüllung der hier gestellten Aufgaben zu verlangen, muß ich auf die politische Vertretung, auf das Parlament, Einfluß gewinnen. Das geschieht aber vor allem in der Form, daß ich mich einer Partei anschließe, die in diesem Sinne wirkt. Aber es stehen ja unendlich viele andere Fragen der Politik mit den Interessen der Arbeiterklasse in enger Verbindung. Um nur einige aufzuzählen: Wie stark berührt uns das Vereins- und Versammlungsrecht, wie werden die Staatsbürgerrechte eingeschränkt durch die Verschärfung der Strafgesetze und des Gerichtsverfahrens, wie hart wird die Arbeiterschaft getroffen durch die Zollgesetzgebung und wie ungerecht behandelt in der Steuergesetzgebung.

Wo soviel auf dem Spiele steht, muß der Arbeiter auch eine politische Entscheidung bei der Reichstagswahl treffen, denn mit dem Erlahmen des politischen Einflusses der Arbeiterklasse sind auch die Gewerkschaften in ihrer Wachstumsbedrohung. Eins ist von dem anderen nicht zu trennen. Wollen wir das verhindern, so werden wir jener Partei die Unterstützung zuteil werden lassen, die von ihrem ersten Auftreten an bis auf den heutigen Tag für die politische Freiheit und den sozialen Fortschritt gekämpft hat, die ihre Kräfte nur aus der Arbeiterschaft nahm, wo sie ihre treueste Befolgung fand. Deshalb gehört unsere Stimme an Tage der Wahl der Sozialdemokratischen Partei.

Zerstörung oder Aufstieg?

Das Programm der Regierung Bapen geht aus von der Spekulation, daß der Tiefstand der Weltwirtschaftskrise erreicht sei, und daß man sich nur im richtigen Moment einzuschalten brauche, um von der neuen Weltkonjunktur mit in die Höhe getragen zu werden. Nun will die Belegung des Arbeitsmarktes trotz Steuererleichterungen nicht vorwärts gehen. Es ist auch nicht anders zu erwarten, denn schließlich müssen alle Belegungsversuche an der Wirtschaft verfehlen, solange daneben her die Abdröselung des Absatzes durch Vernichtung der Kaufkraft im Inland und durch Abwürgung der Ausfuhr nach dem Ausland geht.

Die „Autarkie“ ist eins der Glanzstücke des nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramms, und die Regierung Bapen ist auch auf diesem Gebiet bemüht, die Nazisforderungen zu verwirklichen. Nazis und Agrarier haben den Landwirten seit Jahren vorgegaukelt, daß die Abschaffung jeglicher Einfuhr zu einer Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse führen wird. Um der Landwirtschaft zu beweisen, daß sie ebenbürtig oder womöglich noch besser als Hitler für die Erhöhung der Preise zu sorgen versteht, führt die Bapen-Regierung jetzt die Kontingentierung, d. h. die mengenmäßige Beschränkung der Einfuhr, durch und verschlägt damit in leichtfertiger Weise unsere Außenhandelsbeziehungen.

Einige Zahlen beweisen es. Im vergangenen Jahr betrug der Wert der Nahrungsmittel, deren Einfuhr jetzt kontingentiert werden soll, 707 Millionen Mark oder 10,5 Proz. unserer gesamten Einfuhr. Bei einer ganzen Reihe von Ländern, und zwar gerade bei unseren Nachbarländern, ist der Anteil der Kontingentswaren an der Gesamtzufuhr aber viel größer. So besteht die Einfuhr aus Dänemark zu 59 Proz., aus den Dönerstaaten zu 58 Proz., aus Holland zu 32 Proz., aus Polen zu 22 Proz., und aus Italien zu 20 Proz. aus Kontingentswaren. Aber auch andere Länder werden von der Kontingentierung in starkem Maße betroffen. Die Länder, deren Einfuhr nach Deutschland durch die Kontingentierung am stärksten verringert wird, laufen von der deutschen Industrie aber mehr Waren als sie nach Deutschland verkaufen. Im Jahre 1931 kaufte

Dänemark von Deutschland für 368 Mill. Mk., verkaufte aber nur für 183 Mill. Mk.,
Holland von Deutschland für 955 Mill. Mk., verkaufte aber nur für 384 Mill. Mk.,
Dönerstaaten von Deutschland für 203 Mill. Mk., verkauften aber nur für 129 Mill. Mk.,
Polen von Deutschland für 141 Mill. Mk., verkauften aber nur für 111 Mill. Mk.,
Italien von Deutschland für 341 Mill. Mk., verkauften aber nur für 268 Mill. Mk.

Alle europäischen Länder, deren Einfuhr von der Kontingentierung betroffen wird, kaufen Waren im Werte von 4173 Millionen Mark von Deutschland, während sie an Deutschland nur Waren im Werte von 1890 Millionen Mark verkaufen. Deutschland verkauft also mehr als das Doppelte von dem, was die anderen Länder nach Deutschland einführen, und hat damit das stärkste Interesse, alles zu vermeiden, was zur Verringerung des deutschen Industrieerports führen könnte.

Was tut aber die Bapen-Regierung? Sie verringert mit der Kontingentierung die Einfuhr um etwa 170 Millionen Mark und erreicht damit, daß alle die Länder, die Agrarzeugnisse nach Deutschland einführen, aber gleichzeitig die besten Kunden unserer Exportindustrie sind, ihren Bedarf nicht mehr in Deutschland decken.

Auf der Gründungsfeier der Siemens-Firmen wandte sich der Aufsichtsratsvorsitzende Dr. von Siemens gegen diese handelspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung und unterzog dieselben einer herben Kritik. Herr von Siemens führte u. a. aus: „In den letzten Tagen sind von unseren Büros in Schweden, Holland und Dänemark wieder Berichte eingelaufen, daß uns zugegebene Aufträge, zum Teil zu höheren Preisen, nach England vergeben wurden mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß dies die Folge der allerletzten handelspolitischen Maßnahmen sei.“

Wegen einer Verringerung unserer Einfuhr um 170 Millionen Mark werden die Exportinteressen der deutschen Industrie leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Es ist damit zu rechnen, daß unsere Ausfuhr um 1 bis 2 Milliarden Mark sinkt. Schon jetzt ist die Ausfuhr an Tischern- und Bedewaren hart betroffen. Sie betrug in den ersten acht Monaten

	1931	1932
		Doppelzentner
Schweden	581	501
Dänemark	668	341
Schweden	668	410
Niederlande	996	1196

Die natürliche Folge sind weitere Stilllegungen in der Exportindustrie, damit erneutes Anwachsen der Arbeitslosigkeit.

Der Bapen-Plan zur Belegung der Wirtschaft ist nicht nur der ungeheuerlichste Anschlag auf die Lebenshaltung und die sozialpolitischen Rechte der Arbeiterklasse, sondern auch volkswirtschaftlich eine ungläublich leichtfertige Spekulation, die zu einem katastrophalen Beschlag führen kann. Der ganze Plan enthält zwei fundamentale Fehler:

1. Statt Kaufkraftvermehrung bringt er weitere Kaufkraftverdrängung;
2. Statt planmäßiger Arbeitsbeschaffung verzettelt er ungeheure Mittel für den ausschließlichen Versuch, die Wirtschaft durch Anregung der privaten Unternehmungslust anzuzuregen.

Was nützt es heute, wenn den Unternehmern durch Steuererleichterungen, Lohnprämien und Lohnabbau noch so fetter Profitmöglichkeiten eröffnet

Notverordnung und Recht.

Die Gewerkschaften kämpfen gegen die Notverordnungen an, denn es sind die Notverordnungen des größten sozialen Unrechts. Sie schreiben jedem Menschen von Rechtsgefühl ins Gesicht, und selbst der Gleichgültigste merkt jetzt auf.

Aber sind nicht Paragraphen stets der Ausdruck der Wirtschaftsordnung gewesen? Hüten sie denn nicht immer, aus dem Wesen der Ordnung heraus, einseitig „Recht“? Das Recht dieser Zeit? Stellen sie nicht so oft die Sacke über den Menschen? Zeigen sie nicht, aus dieser Welt des Herrtums heraus geboren, so wenig Verständnis für Menschen, Umwelt und Not?

Nur die Freiheit kann das heilige Recht gebären. „Recht ist Freiheit nach einem Gesetz“, sagte Fichte schon. Nur wenn der Mensch frei ist und alle frei sind in Menschengleichheit, kann Recht sein.

Nicht nur jetzt kämpfen die Gewerkschaften gegen die unsozialen Paragraphen. Sie kämpfen schon immer für Recht. Sie kämpfen für das Menschlich-rechte des Gesetzes, wenn sie anriefen zur Ueberwindung des Klassenstaats.

Ihr Weg ist die Demokratisierung der Wirtschaft, und ihr Ziel ist auf solchem Boden der Menschengleichheit das neue Gesetz, das die Gerechtigkeit nicht nur am Menschen.

werden? Nicht die Steigerung der Profitmöglichkeiten kann die Anurbelegung bringen, sondern nur die Stärkung der Massenkaufkraft. Durch die Politik der Adelsregierung wird aber die Massenkaufkraft nicht vermehrt, sondern planmäßig untergraben.

Was nützt es weiter, wenn den Unternehmern die Aufnahme von Krediten erleichtert wird? Nicht der Mangel an Krediten, sondern der Mangel an Absatz hat bisher die Wirtschaftsbelegung verhindert. Der Bapen-Plan kann aber nicht zu einer Vermehrung, sondern nur zu einer weiteren Schrumpfung des Absatzes führen. Dazu kommt eine wahnwitzige Handelspolitik, die geradezu auf die Vernichtung unserer Ausfuhr abgezielt ist.

Dieser Politik der Arbeitsbeschaffung, die die Regierung der Junker und Schlotbarone betreibt, stellt die Sozialdemokratie ihre Forderungen auf Arbeitsbeschaffung entgegen.

Wahlsped.

Die Reichsregierung hat verkünden lassen, daß sie sich mit dem Gedanken trage, die Sozialrenten wieder zu erhöhen. Eine sonderbare, wenn auch erfreuliche Mär. Man könnte auch sagen: Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube! Aber dieselben Herren, die das häßliche Wort von der Wohlfahrtsanstalt geprägt haben, die an Rückständigkeit in sozialpolitischer Hinsicht alle europäischen Regierungen übertreffen, sollen nun aus einmal bereit sein, die Sozialrenten wieder zu erhöhen? Das ist nicht glaubhaft. Die Mär von der Erhöhung der Renten erinnert an alte Wahltricks. Bei „gnädigen Herren“ und ostheißlichen Junkern betamen und bekommen zu Wahlzeiten „ihre“ Arbeiter Bier, manchmal auch andere Dinge für des Lebens und des Leibes Notdurft. Die Ankündigung einer Erhöhung der Sozialrenten wird — so fürchten wir — nicht einmal den realen Hintergrund des Wahlbieres haben. Man kann die Ankündigung nur als Wahlsped bezeichnen, der als Köder hingehalten wird, mit dem man das Volk für die Ziele der neuen Staatsführung einzufangen gedenkt. Das dürfte den Bapenheimern trotz eines gewissen Mangels an politischen Instinkten bei einem Großteil des deutschen Volkes doch nicht gelingen. Die Zellen, wo das Volk auf einen vom Balkon heruntergeworfenen Laler antwortete: „Ihn Großherzog de schall levent!“ sind nicht mehr! Heute und in Zukunft wählt jeder denkende Arbeiter sozialdemokratisch!

Hitler und die Reichsregierung.

Wer heute in den nationalsozialistischen Zeitungen blättert, könnte zunächst den Eindruck bekommen, daß die Nazis die erbittertesten Gegner der von den Baronen und Schmerindustriellen geführten Sozialreaktion sind. Da wird zum Beispiel die Tarifauflösung als „Dolchstoß in den Rücken der schaffenden Bevölkerung“ („Aureolische Zeitung“ Nr. 193) bezeichnet, da spricht der „Westdeutsche Beobachter“ (Nr. 195) von „finsterner Reaktion“, von einem „Machtkoller der reaktionären Adels-Clique“, einem „Bläsdnger für den jüdischen Trut- und Börsenkapitalismus“, um schließlich „Kampf bis aufs Messer“ anzutündigen.

Dieser „Kampf bis aufs Messer“ ist allerdings zunächst nur ein Kampf mit dem Schwertmaul. Die Taten der Nazis sehen ganz anders aus. Um die gleiche Zeit ungefähr, als die Nazipresse so gegen Bapen loszog, sah der „große“ Adolf wohl schmagend bei dem gleichen Herrn von Bapen. Ein gutes Frühstück läßt eben auch den schönsten Nazi-jorn verrücken. So bis war's ja schließlich auch gar nicht gemeint. Denn im Grunde wollen beide, Regierung und Nazis, dasselbe. Und die ganze Erbitterung der Braunhäuser geht lediglich darauf zurück, daß bei der Durchführung dieser Pläne nicht die nötigen Pfunden für die Nazisböhnen abfallen sollen. Der gleiche „Westdeutsche Beobachter“ muß in derselben Nummer, in der er derart gegen Bapen loszieht, zugeben, daß es sich bei dem verheerenden Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung im wesentlichen um das „große Gedantengut“ der Nazis handelt, das nach Ansicht des Battes allerdings von der Regierung „verkümmelt“ sei. Und kein geringerer als der Reichszankler selbst hat in einer Unterredung mit dem Redakteur der Schwerindustriellen „Aureolisch-Westfälischen Zeitung“ die Uebereinstimmung seiner Wirtschaftspläne mit denen der Nationalsozialisten zugegeben. Der Redakteur fragte den Reichszankler, ob dieses Programm nicht doch Forderungen enthalte, die die NSDAP gestellt habe und deren Verwirklichung sie daher wünschlich müßten:

„Machen Sie, Herr Reichszankler, mit Ihrem Programm nicht den Versuch, das Wort Gregor Strahers „Arbeit schafft Kapital“ in die Tat umzusetzen?“

Darauf antwortete Herr von Bapen: „Ich bin in der Tat der Ansicht, daß Arbeit Kapital schafft, und ich freue mich, daß die Reichsregierung in ihrem Programm, das sie dem Herrn Reichspräsidenten vorschlägt, auch einen Teil der Wünsche und Forderungen erfüllt, die von der NSDAP erhoben werden. Ich hoffe, daß die gleiche Richtung unserer Wünsche und die Gemeinsamkeit des Zieles zu einer Zusammenarbeit auf sachlichem Boden führen.“

Warum also die ganze Aufregung bei den Nationalsozialisten? Wir sagten es schon: Einmal wegen der davon geschwommenen Ministerfesselel und zum andern aber auch, um das Volk zu betriegen. Würden die Nationalsozialisten offen zugeben, daß der Hungerplan der Reichsregierung mit seiner Häufung unsozialer, wirtschaftsgefährdender, lediglich den Großbetrieb fördernder Maßnahmen nationalsozialistisches Gedantengut ist, so würden noch mehr Anhänger der Partei davonlaufen, und die Front der klassenbewußten Arbeiterschaft würde sich ganz erheblich verstärken. Das ist es aber, was die großkapitalistischen Geldgeber der Hitler-Partei fürchten. Und damit das nicht eintritt, damit die Köpfe noch eine Weile verwirrt bleiben, wird jetzt das große Oppositionstheater gegen Herrn von Bapen gespielt. Im Grunde wollen sie beide dasselbe und kein Bapen könnte heute dem deutschen Volk mit einem derartigen Programm entgegenreten, ohne die jahrelange Wählarbeit der Nazis, die ihm auf dem Boden des Parlaments mit schönen Wandern entgegenreten, deren bürgerliche Anhängermassen aber mit seinen Zielen und Methoden sympathisieren. Das haben nicht nur die Führer der Sozialdemokratie immer wieder gesagt, das haben die Nazis sogar selbst zugegeben. Schreibt doch das sachliche Organ der Nazis, „Der Freiheitskampf“ in Nr. 202 vom 29. August 1932 zur Programmrede Bapens:

„Ohne die Borarbeit Adolf Hitlers läße Herr von Bapen nicht im Sessel des Reichszanklers! Wenn Herr von Bapen gegen die roten Bonzen Preußens vorgehen konnte, dann nur, weil der Nationalsozialismus ihm den Boden rein stimmungsmäßig im Volke vorbereitet hat.“

Ausnahmsweise sind wir mit dem „Freiheitskampf“ darin einig. Die Verantwortung für all das, was die Regierung Bapen getan hat und weiter tun wird, liegt bei Adolf Hitler und seiner Partei. Alles Elend der Bapen-Notverordnung, alle Bedrückung des Volkes, Adolf Hitler hat sie auf dem Gewissen. Ihn werden die Massen des wertvollen Volkes daher für alles, was geschehen ist und geschehen wird, einmal genau so zur Verantwortung ziehen, wie die Männer der augenblicklichen Reichsregierung.

Zeugenauslagen vor den Arbeitsgerichten.

Die Rechtsvertreter der Arbeitgeber vor den Arbeitsgerichten erleben oftmals interessante Episoden. Daß sich die Zeugen oftmals an die Vorgänge nicht mehr erinnern können, ist eine alltägliche Erscheinung.

Ein Prozeß, der vor kurzem vor dem Landes-arbeitsgericht Darmstadt stattfand, gab den Beteiligten Gelegenheit zu beobachten, wie Zeugenauslagen zustande kommen.

Als Grund der Entlassung der Kläger, die schon lange Jahre, der längste 31 Jahre, im Betrieb beschäftigt waren, wurde schlechte Arbeit angegeben.

Aus der Urteilsbegründung des erstinstanzlichen Urteils sei auszugsweise wörtlich mitgeteilt:

„Auch der Meister Heerd kann nicht leugnen, daß die Kläger ihn am Tage vor ihrer Entlassung darauf aufmerksam gemacht haben, daß die oberen Gruppen schlecht arbeiten.“

Auf Grund dieser klaren Aussage wurde die Firma zur Wiedereinstellung der Kläger resp. zur Zahlung der Entschädigung verurteilt.

Gegen das Urteil des Arbeitsgerichts wurde von der Firma Opel Berufung bei dem Landesarbeitsgericht eingelegt.

Termine erledigt, zunächst vor dem LAG. Darmstadt und in einem Lokaltermin im Opelwerk.

Zum ersten Termin war ein Mitglied des Betriebsrats als Zeuge geladen. Auf Befragen des Vertreters der Kläger sagte der Zeuge aus, daß ihn die Betriebsleitung am Tage vor der Verhandlung bestellt habe, und daß er in Anwesenheit einiger Herren befragt wurde.

Dieser Vorgang gab am Schlusse des ersten Termines dem Vorsitzenden Gelegenheit, die Vertreter

Not und Glaube.

Willst du dich messen als Mensch, so miß dich am Großen! Denn am Großen nur erkennst du dich.

Stelle dich einer Aufgabe gegenüber! Suche etwas zu schaffen, für etwas zu ringen, ein großes Ziel zu erreichen! Und du erbst dich, und du fühlst, wie du mit deinem Willen und mit deinem Können wächst.

Zersplittere die Größe deiner Kraft nicht mit bedeutungslosem Werke! Verschwende die Kraft nicht, indem du nur zersetzt und dich ausgibst an dem, von dem morgen schon niemand mehr spricht!

Sei schöpferisch! Fasse deine Kraft zum Erzwingen eines Morgens zusammen! Und mag die Welt in Verzweiflung und in Ohnmacht auch wanken: du bleibst ihr Mittelpunkt.

In seinem Glauben zeigt sich der stolze, könnende Mensch. Aus seinem Glauben heraus überwindet er letzten Endes alle Widerstände.

Sei darum Kämpfer! Gib dich durch Kleinmut nicht selber auf! Sei ganz der, der du sein kannst, mit uns! Und unsere solidarische Macht wird in der Glut ihres Glaubens das Alte schmelzen und die Welt formen zu neuem Glück.

der beklagten Firma Opel zu eruchen, in der Zwischenzeit nicht mit den benannten Zeugen über den Prozeß Rücksprache zu nehmen.

Trotz dieses Ersuchens mußte der Hauptzeuge, Meister Heerd, bei dem Lokaltermin in Rüsselsheim zugeben, daß er von einem Prozeßvertreter der Beklagten von dem Verlauf der Verhandlung vor dem LAG „informiert“ wurde.

Es ist wohl anzunehmen, daß die revidierten Aussagen des Zeugen Heerd vom Gericht entsprechend eingeschätzt wurden.

Ganz entschieden müssen sich die Gewerkschaften dagegen wenden, daß eine Firma versucht, die bei ihr beschäftigten und deshalb mehr oder weniger abhängigen Zeugen schon vor ihrer arbeitsgerichtlichen Vernehmung zu beeinflussen.

Noch einige Worte zur menschlichen Seite der Sache. Der Kollege, den wir zu vertreten hatten, war 31 Jahre in dem Opelbetrieb tätig.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit am 30. September 1932.

Table with multiple columns showing statistics for various industries (Leberrwaren, Tapezierer, Fahrzeugbau, etc.) and regions (Ostgau, Nordgau, etc.) regarding employment and unemployment at the end of September 1932.

Table showing 'Es arbeiteten verkürzt' (working reduced) and 'Pro Hundert betragen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit' (percentage of unemployment and reduced work) for different sectors.

Rechnet man die auf Vollarbeiter umgerechneten Kurzarbeiter zu den tatsächlichen Vollarbeitern hinzu, so beträgt die Zahl der Vollbeschäftigten am Schluß des dritten Quartals 30,1 Proz. gegenüber 29,8 Proz. am 30. Juni 1932.

Zwangsarbeitsdienst.

Nach Artikel 1 der Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst soll der Arbeitsdienst dem jungen Deutschen Gelegenheit geben, „zu nützen der Gesamtheit freiwillig ernste Arbeit zu leisten“.

Dem Sinne der Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst entspricht dieser Brief nicht.

Berichte aus den Verwaltungsstellen

Zwida i. Sa. In der Monatsversammlung am 11. September gab Kollege Schulze, Chemnitz, den Bericht vom Verbandstag in Stuttgart.

Aufruf.

Ein neuer Winter mit vermehrter und gesteigerter Not kündigt sich an. Millionen unserer Volksgenossen leben ihm mit Bangen entgegen.

Nicht nur die wirtschaftliche Not drückt auf die zahllosen Opfer dieser grauenhaften Wirtschaftskrise; hinzu kommt die geistige und seelische Not, hervorgerufen durch erzwungene Unfähigkeit, durch immer wieder enttäuschte Hoffnungen, durch die Zerstörung aller Zukunftspläne.

Die Arbeiterbewegung rüstet zum Kampf gegen die Not. Die mituntergezeichneten Verbände erklären sich ihr solidarisch.

Wieder geht unser Appell an alle uns gesinnungsverwandten Angestellten, Beamten und Arbeiter und an alle Freunde der Arbeiterchaft.

Gebt für die

Solidaritätshilfe!

Beweist durch die Tat, daß der Geist der Kameradschaftlichkeit trotz Not und Unterdrückung in der Arbeiterchaft lebendiger ist denn je!

Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Hauptvorstand der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands.

Zentralkommission für Arbeiterport und Körperpflege.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Allgemeiner Deutscher Beamten-Bund.

Jahrespreismäßigung für Kleingärtner.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hatte sich in einer Eingabe an die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft mit dem Ersuchen gewandt, die für die Zeit vom 1. März bis 31. Oktober 1931 gewährte Jahrespreismäßigung für Kleingärtner auch in diesem Jahr für die Wintermonate zu gewähren.

Verwenden Siebeldungseinbrüche trägt auch der Besuch des Kleingartens an Wochentagen bei.

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft teilt unter dem 30. September mit, daß in Aussicht genommen ist, die Fahrkarten für Kleingärtner auch während der kommenden Wintermonate auszugeben.

Rundschau

Neues Ford-Modell angekündigt. Die amerikanische Presse bringt Meldungen, nach denen gerücheltweise verlautet, daß die Ford-Rotor-Compagnie im nächsten Jahre ein neues Automobilmodell zum Preise von nur 350 Dollar herausbringen wolle.

Beschleunigung des Verkehrsrückgangs durch Triebstoffverteuerung. Die Reichsregierung hat am 11. Oktober eine Benzinpreiserhöhung um weitere 2 Pf. angeordnet.

Eine Arbeiterfamilie zahlt im Jahr 200 Mark an Verbrauchssteuern. Eine ausfluhrreiche Sonderuntersuchung des Statistischen Reichsamtes über die steuerliche Belastung des Haushaltsbedarfs (Heft 21 der Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs, Verlag Reimar Hobbing) lüch die Höhe der Verbrauchssteuern an den Ausgaben der Einkommensbezieher zu errechnen.

Ein neuer Winter mit vermehrter und gesteigerter Not kündigt sich an. Millionen unserer Volksgenossen leben ihm mit Bangen entgegen. Nicht nur die wirtschaftliche Not drückt auf die zahllosen Opfer dieser grauenhaften Wirtschaftskrise; hinzu kommt die geistige und seelische Not, hervorgerufen durch erzwungene Unfähigkeit, durch immer wieder enttäuschte Hoffnungen, durch die Zerstörung aller Zukunftspläne.

Verbandsnachrichten (Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 17. Oktober bis zum 23. Oktober ist der 43. Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Auf eine 25jährige Mitgliedschaft in unserer Organisation können zurückblicken:

Saffler Konrad, Tapezierer 12. 10. 1907

Achtung! Verwaltungsstellen des Mitteldeutschen Gewes.

Betrifft: Stichwahl zum Erweiterten Vorstand.

Die Auslosung des Stichwahlkandidaten zum Erweiterten Vorstand wurde auf Anweisung des Hauptvorstandes durch die Verwaltungsstelle Magdeburg ordnungsgemäß nach dem Wahrgesetz Ziffer 15 vorgenommen.

Der Hauptvorstand.

Berichtigung. Bei der Bekanntgabe der Wahlergebnisse zum Erweiterten Vorstand in Nr. 42 unserer Zeitung muß es heißen: Lindner in Altenburg 11, nicht Apolda; vom letzteren Ort sind keine Stimmen zur Wahl eingegangen.

Verammlungskalender

Köln. Dienstag, 25. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus, Saal 2, Bolloversammlung. Vortrag: „Freie Gewerkschaften oder RGD.“

Leipzig. Mittwoch, 26. Oktober, 19 Uhr, im Volkshaus, Rebersaal rechts, allgemeine Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. „Die Gewerkschaften und die Reichstagswahl.“ Ref. Kollege W. Streider (Leit. Sektionsleiter im Gesamtverband). 2. Kassenbericht vom 3. Quartal. Kollege Frohner. 3. Unsere Werbemittel. — Des Gebot der Stunde ist Aktivität. Wir erwarten ein volles Haus.

Wuppertal. Freitag, den 21. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus (Roter Saal) eine sehr wichtige Versammlung statt. Wir bitten um pünktliches und zahlreiches Erscheinen. Der Vorstand.

Wahl des Besitzers für den Gau Sachsen im Erweiterten Vorstand. Die endgültige Entscheidung fällt durch Stichwahl am Donnerstag, 27. Oktober, 18 bis 18.30 Uhr, in nachstehenden Bezirkslokalen: Zentrum-Süd: Volkshaus, Gartenkolonnade 1; Offen: Sophienhöfchen, Konradstr.; Südosten: Stadt Eisenburg, Eisenburger Straße; Westen: Stadt Altenburg, Lindenauer Markt; Norden: Aidau-Aushaus, Elisabethstraße.

Wahlberechtigt sind alle Mitglieder, die dem Verband 13 Wochen angehören und nicht länger als 5 Wochen mit der Beitragszahlung im Rückstand sind. Die 39. Beitragsmarke muß am Wahltag geklebt sein.

Die Ortsverwaltung, J. A. W. Frohner.

Sterbetafel.

Bestorben sind: München. Am 25. September unser Kollege, der Tischner Richard Gshuber, 19 Jahre alt. Offenbach a. M. Am 13. Oktober 1932 unser invalides Mitglied, der Tischner David Franz Marx, 44 Jahre alt, nach 25jähriger Mitgliedschaft. Ehre ihrem Andenken!